2026/17 Thema

https://jungle.world/artikel/2026/17/rohstoffabbau-venezuela-extraktion-um-jeden-preis

Die venezolanische Regierung wirbt um ausländische Rohstoffkonzerne

Extraktion um jeden Preis

von **Margit Hildebrandt**

Die venezolanische Interimsregierung will den Erdöl- und Bergbausektor stärker für ausländische Firmen öffnen, die US-Regierung spricht von »unbegrenzten« Möglichkeiten. Doch Investoren halten sich noch zurück.

Im Süden Venezuelas, tief im Amazonasgebiet, frisst sich der Bergbau seit Jahren unaufhaltsam in den Regenwald. Venezuela sitzt auf immensen Mengen an Bodenschätzen, die großenteils noch nicht erschlossen sind. Dazu zählen riesige Erdöl- und Goldreserven sowie Vorkommen an Seltenen Erden, Bauxit, Eisen, Kohle, Kupfer, Nickel und Coltan.

Seit der Entführung des Diktators Nicolás Maduro im Januar öffnet die Interimsregierung die Ausbeutung der Rohstoffvorkommen verstärkt für ausländisches Kapital. Sie bricht damit mit der Politik des früheren Präsidenten Hugo Chávez. Dieser hatte 2007 verfügt, dass ausländische Erdölkonzerne in Venezuela nur noch als Juniorpartner des staatlichen Ölkonzerns PDVSA aktiv sein dürfen. US-Konzerne wie Exxon-Mobil verließen daraufhin das Land, andere, wie Chevron, fügten sich den Bedingungen. 2011 wurde auch die Goldindustrie verstaatlicht.

> Viele Goldminen werden von organisierten kriminellen Netzwerken, den »sindicatos«, und kolumbianischen Guerillagruppen dominiert, oft geduldet von der venezolanischen Regierung.

Wegen Korruption, Misswirtschaft und der internationalen Sanktionen, insbesondere durch die USA, ging die Menge des geförderten Erdöls stetig zurück – von 3,5 Millionen Barrel pro Tag im Jahr 1999, als Chávez die Macht übernahm, auf zunächst weniger als 400.000 im Jahr 2020, und lag Ende vergangenen Jahres wegen des US-Embargos bei etwa 600.000 Barrel. Die - Interimsregierung unter der vorherigen Vizepräsidentin Delcy Rodríguez will nun wieder in größerem Stil ausländische Konzerne Erdöl fördern lassen. US-Präsident Donald Trump schwärmte kurz nach der von ihm verfügten Entführung Maduros im Januar von möglichen Investitionen in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar.

Kaum war Rodríguez als Interimspräsidentin im Amt, peitschte das Parlament ein Gesetz durch, das ausländischen Erdölkonzernen Unabhängigkeit von staatlicher Kontrolle, Vermögensübertragungen und Outsourcing ermöglicht. Außerdem unterliegen Verträge nun internationalen Schiedsverfahren und die steuerlichen Bedingungen sind günstiger geworden.

Zugleich lockerten die USA Sanktionen. Zahlungen dürfen dabei jedoch nicht direkt an Venezuela fließen, sondern nur auf spezielle, von den USA kontrollierte Konten. Russische, iranische, nordkoreanische, kubanische und bestimmte chinesische Firmen dürfen nicht an den Geschäften beteiligt sein. Im März erreicht die Produktion den Stand von 1,1 Millionen Barrel pro Tag.

Chevron war der Vorreiter unter den Ölkonzernen und unterzeichnete zwei Abkommen mit der Interimsregierung, um seine Geschäfte in Venezuela auszuweiten. Der spanische Ölkonzern Repsol gab Mitte April bekannt, er werde die Kontrolle über seine ehemaligen, inzwischen verstaatlichten Anlagen in Venezuela zurückerlangen und die Produktion hochfahren. Andere Konzerne halten sich zurück, viele verweisen auf die unsichere rechtliche Lage und den katastrophalen Zustand der Förderinfrastruktur.

Größte nachgewiesene Erdölreserven der Welt

Venezuela verfügt mit rund 300 Milliarden Barrel über die größten nachgewiesenen Erdölreserven der Welt. Venezolanisches Rohöl ist allerdings besonders schwer und schwefelhaltig, seine Förderung und Verarbeitung aufwendig und umweltschädlich. Dem Politikwissenschaftler Paasha Mahdavi von der University of California zufolge ist es eines der »schmutzigsten Öle der Welt«. Hinzu kommt eine marode Infrastruktur, die über Jahre kaum gewartet wurde. Lecks in Pipelines und Anlagen führen regelmäßig zu Verschmutzungen. Gewässer wie der Lago de Maracaibo im nordwestlichen Bundesstaat Zulia gelten als extrem belastet.

Die Öffnung des Ölsektors dient als Blaupause für den Bergbau. Die Nationalversammlung verabschiedete im April ein Gesetz, das ihn grundlegend verändern soll. Vorgesehen ist, ausländischen sowie privaten Unternehmen Zugang zu Gold-, Diamanten- und Rohstoffvorkommen zu ermöglichen und staatliche Monopole zu beenden. Die Laufzeit von Konzessionen wird von 20 auf 30 Jahre verlängert, Streitigkeiten können vor internationalen Schiedsgerichten geklärt werden. Umweltauflagen spielen kaum eine Rolle oder werden zumindest von Umweltschützern als unzureichend bewertet.

Chavez’ Nachfolger Maduro hatte 2016 angesichts sinkender Erdöleinnahmen wegen niedriger Ölpreise einen großen Teil des Flussbeckens des Orinoco im Norden des Bundesstaats Bolívar zum »Arco Minero del Orinoco« (Bergwerksbogen am Orinoco) erklärt. In diesem Gebiet, das rund zwölf Prozent der Landesfläche umfasst, darunter Nationalparks, geschützte Naturdenkmäler und Territorien indigener Bevölkerungsgruppen, sollte der Bergbau Vorrang vor anderer Nutzung haben. 2020 hob die Regierung zudem das Verbot auf, in mehreren dortigen Flüssen nach Gold und Diamanten zu schürfen.

Brennpunkt unkontrollierter Rohstoffförderung

Die Region hat sich zu einem Brennpunkt unkontrollierter Rohstoffförderung entwickelt. Umweltverschmutzung ist allgegenwärtig: Wälder werden gerodet, Böden erodieren, Flüsse werden vergiftet. Zwischen 2016 und 2020 wurden nach Schätzungen des Monitoring of the Andes Amazon Project (MAAP) 140.000 Hektar Wald abgeholzt. Venezuela hat das lateinamerikanische Abkommen von Escazú über den öffentlichen Zugang zu Umweltinformationen nicht unterzeichnet, Öl- und Bergbaufirmen veröffentlichen keine Daten zu

den Auswirkungen ihrer Tätigkeiten im Land. Zwar existieren Vorschriften und Anforderungen an Umweltverträglichkeitsprüfungen, doch durchgesetzt wird davon wenig.

Zehntausende arbeiten unter erbärmlichen, oft lebensgefährlichen Bedingungen. Viele Goldminen werden von organisierten kriminellen Netzwerken, den *sindicatos*, und kolumbianischen Guerillagruppen wie dem ELN und abtrünnigen Fraktionen der Farc dominiert, oft geduldet von der venezolanischen Regierung. Quecksilber, das illegalerweise zum Herauswaschen von Gold eingesetzt wird, bedroht die Gesundheit der Arbeiter und Anwohner. Gleichzeitig breiten sich Krankheiten wie Malaria aus, deren Überträger sich besonders im stehendem Wasser der verlassenen Minen vermehren. Jagd- und Fischgründe verschwinden, NGOs dokumentieren Menschenrechtsverletzungen wie Kinderarbeit und Menschenhandel.

Der unter anderem für Rohstofferschließung zuständige US-Innenminister Doug Burgum reiste im März mit einer Delegation von Unternehmen in die venezolanische Hauptstadt Caracas, um Zugang zu Rohstoffen des Landes auszuhandeln. Die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit seien »unbegrenzt«, sagte er. Die USA interessieren sich neben dem Öl für strategisch wichtige Mineralien wie Seltene Erden. Die venezolanische Regierung signalisiert Offenheit und spricht von Investitionen in Milliardenhöhe. Doch die strukturellen Probleme des Abbaus bleiben bestehen und die Gefahr ist groß, dass sie sich ohne wirksame Kontrolle noch weiter verschärfen.

© Jungle World Verlags GmbH